



Pressemitteilung

Ansbach, 14. Dezember 2018

Negativrekord in Mittelfranken: 14,5 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben Zweitjob

Ansbach leidet unter zu niedrigen Löhnen – Steuerkraft am Boden

OLA fordert verbindliche Vorgaben für gute Arbeit bei Verkauf von Gewerbeflächen

Altersvorsorge, Kindererziehung, Urlaubsplanung, das anstehende Weihnachtsfest. Für viele Ansbacher lässt sich das trotz Vollzeitbeschäftigung nur schwer finanzieren. Anfang Oktober wurde bekannt, dass in der Rezatstadt mehr als jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte weniger als 2.200 brutto verdient. Nun bestätigen aktuelle Zahlen der Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag die Besorgnis erregende Entwicklung bei prekärer Beschäftigung in Ansbach: 14,5 Prozent der Vollzeitbeschäftigten gehen einem Zweitjob nach, um über die Runden zu kommen; das bedeutet 6,2 Prozent Steigerung zum Vorjahr. In keiner kreisfreien mittelfränkischen Stadt ist dieser Anteil höher (*Rohdaten siehe Anlage*).

Dazu erklärt die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA): „Ansbach leidet unter zu niedrigen Löhnen. Die Steuerkraft ist mit dem zweitschlechtesten Wert der bayerischen Städte am Boden. Die Sozialausgaben steigen infolge des riesigen Niedriglohnbereichs überproportional. Statt Hochregallager und Leiharbeit müssen zukunftsorientierte Arbeitsplätze das Ziel sein. Voraussetzung ist eine Wirtschaftspolitik, die nicht primär auf die Logistikbranche mit ihrem hohen Flächenverbrauch bei zu niedrigen Löhnen ausgerichtet ist. Ansbach braucht beim Verkauf von Gewerbeflächen mehr soziale Leitplanken, beispielsweise Vorgaben für eine Mindestanzahl von Festanstellungen pro Hektar versiegelter Fläche. Auch verbindliche Zusagen über die Zahlung eines Lohnes von über zwölf Euro, der vor Altersarmut schützt, kann die Stadt von Kaufinteressenten verlangen. Das sind wir den vielen Menschen in Ansbach, die von ihrer Hände Arbeit nicht in Würde leben können, schuldig.“

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender